

## Vom antitotalitären zum antifaschistischen Geschichtsbild

Die Debatten zum 50. Jahrestag des 20. Juli 1944  
und des 8. Mai 1945

Die politische Identität und das Selbstverständnis einer Gesellschaft und einer Nation manifestieren sich nicht zuletzt in ihrem Geschichtsbild. Die Art und Weise, wie die Menschen sich ihrer Vergangenheit erinnern und wie sie sie deuten, sagt viel über die geistig-politische Verortung der Gegenwart aus. Freie Gesellschaften zeichnen sich dabei dadurch aus, daß verschiedene, konkurrierende Geschichtsbilder nicht nur akzeptiert und toleriert, sondern als Voraussetzung der geistigen und politischen Freiheit anerkannt werden.

Totalitäre Regime hingegen versuchen, ein Geschichtsbild durchzusetzen, das von allen als »verbindlich« anerkannt werden muß. So war in der vom »Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED« herausgegebenen umfangreichen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« festgeschrieben, wie bestimmte Ereignisse der deutschen Geschichte einzuordnen seien. Im »Kurzen Lehrgang«, der Geschichte der KPdSU(B), ließ Stalin festschreiben, wie die sowjetische Geschichte, einzelne Ereignisse, Personen und Sachverhalte zu bewerten seien.

In demokratisch-pluralistischen Gesellschaften kann und darf es kein verordnetes Geschichtsbild geben. Tendenzen, die dahin gehen, ein solches Einheits-Geschichtsbild durchzusetzen, müssen als Indikatoren einer verhängnisvollen Entwicklung in Richtung einer to-

talitären Demokratie gewertet und zurückgewiesen werden. Eine Vielfalt von unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Geschichtsbildern soll in der wissenschaftlichen und in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung konkurrieren.

Dabei sollte es der Anspruch der Geschichtswissenschaft sein, sich von politischen Vereinnahmungen freizuhalten und am Ideal objektiver Erkenntnis festzuhalten. Historie darf in einer freien Gesellschaft nicht die »Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« sein. Die Freiheit der Forschung muß freien Raum auch für neue und unorthodoxe Hypothesen gewähren, die gängigen Lehrmeinungen widersprechen.

Außerhalb des engeren wissenschaftlichen Raumes – also der Forschung an Instituten und in den historischen Fachbereichen der Universitäten – gibt es allerdings so etwas wie öffentliche Geschichtsbilder, die in Medien, Politikerreden, Schulbüchern usw. artikuliert werden. Die hier vorherrschenden Geschichtsbilder reflektieren oftmals weniger den Stand der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnis und Forschung als den geistig-politischen Zustand einer Gesellschaft. Häufig kann man sogar beobachten, daß die in Medien und Schulbüchern verbreiteten Geschichtsbilder im Widerspruch zu den Erkenntnissen der historischen Forschung stehen bzw. einen längst überholten Forschungsstand widerspiegeln. Die Diskrepanz zwischen den Resultaten der wissenschaftlichen Nationalsozialismus-Forschung und den nach »volkspädagogischen« Gesichtspunkten selektierten Inhalten in Medien und Politikerreden ist ein Beispiel für dieses Auseinanderfallen von Geschichtswissenschaft und öffentlichem Geschichtsbild.

Seit der Wiedervereinigung ist zu beobachten, wie

sich Geschichtsbilder in Deutschland verändern – allerdings nicht in jene Richtung, wie Konservative dies 1989/90 erhofft und die politische Linke dies befürchtet hatte. Eine »Nationalisierung« des Geschichtsbildes hat nicht stattgefunden, wenngleich sich eine konservative Intelligenz herausbildet, die eine Abkehr vom negativen Nationalismus der Geschichtsschreibung fordert.

Statt dessen ist zu beobachten, wie sich das Geschichtsbild des vereinigten Deutschland langsam in Richtung jener Geschichtsauffassungen verändert, die Ende der achtziger Jahre in der DDR bestimmend waren. Dies heißt keineswegs, daß das vereinigte Deutschland nun das marxistisch-leninistische Geschichtsbild der SED zur Grundlage macht. Aber die Wiedervereinigung wirkte doch – nach einer Phase der Irritation der politischen Linken – als Katalysator, der Prozesse beschleunigte, die bereits in den siebziger und achtziger Jahren in Westdeutschland eine Linksverschiebung des politischen Spektrums bewirkt hatten.

Dies soll an zwei Beispielen gezeigt werden, nämlich an den Auseinandersetzungen anläßlich der 50. Jahrestage des Hitler-Attentates (20. Juli 1994) und der deutschen Kapitulation (8. Mai 1995). Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus war von Anfang an ein Hauptthema der westdeutschen Geschichtsschreibung. Im Mittelpunkt der frühen Darstellungen in den fünfziger Jahren standen jene Bestrebungen, die schließlich zum Staatsstreichversuch der Gruppe um Claus Graf Schenk von Stauffenberg am 20. Juli 1944 führten. Dabei gab es – weniger in der Wissenschaft als in der öffentlichen Darstellung – Versuche, eine Kontinuitätslinie zwischen der deutschen Opposition gegen Hitler und der Bundesrepublik zu ziehen. Von Kritikern dieser Sichtweise wurde demgegenüber dar-

auf hingewiesen, daß die Staats- und Verfassungsvorstellungen von Männern wie Carl Goerdeler, Ulrich von Hassell oder Johannes Popitz nur wenig mit der freiheitlich-demokratischen Ordnung des Grundgesetzes zu tun hatten.

Insbesondere politisch linksstehende Historiker wie Hans Mommsen wiesen Mitte der sechziger Jahre nach, daß das Gesellschaftsbild und die Verfassungsvorstellungen dieser Kreise an anti-modernistischen Mustern und autoritären Haltungen orientiert waren. Durchweg standen die Hitler-Gegner der parlamentarischen Demokratie ausgesprochen skeptisch gegenüber, dies galt auch für die Sozialdemokraten. Unter dem Eindruck der Negativerfahrungen mit der Weimarer Republik, die nach dem Verständnis der Widerständler den Nährboden für den Aufstieg des Nationalsozialismus gebildet hatte, suchten sie nach alternativen Staats- und Gesellschaftsmodellen.

Der kritische Hinweis von Historikern, daß es eben keine gerade und ungebrochene Kontinuitätslinie vom deutschen Widerstand zur Ordnung des Grundgesetzes gibt, ist berechtigt. Manche Kritiker neigten jedoch dazu, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Eine hyperkritische Sichtweise des »nationalkonservativen« Widerstandes gewann in den siebziger und achtziger Jahren an Boden. Aus der Sicht von Historikern wie Hans Mommsen, die in der »Zweistaatlichkeit« Deutschlands einen historischen Fortschritt sahen und von einem irreversiblen Prozeß der »Bi-Nationalisierung« sprachen, war die betont nationale Orientierung von Männern wie Stauffenberg und Hassell nichts anderes als ein Anachronismus, der nunmehr glücklich überwunden sei.

Problematisch war jedoch vor allem, daß die hyper-

kritische Darstellung des »nationalkonservativen« Widerstandes zunehmend mit einer oft sehr unkritischen Beschäftigung – ja, manchmal geradezu mit einer Idealisierung – des »Arbeiterwiderstandes« einherging. Mit »Arbeiterwiderstand« waren die Aktivitäten von Sozialdemokraten, insbesondere jedoch der illegalen KPD und kleineren, zumeist linksextremistischen Gruppierungen gemeint.

In den fünfziger Jahren hatten die meisten Historiker noch ein kritisches Verhältnis zum kommunistischen Widerstand. Es war Konsens in der bundesrepublikanischen Gesellschaft, daß es den Kommunisten darum gegangen sei, die braune durch eine rote Diktatur zu ersetzen, den Hitlerismus durch den Stalinismus. Weitgehend herrschte damals auch Übereinstimmung darüber, daß sowjetische Spionagegruppen wie die »Rote Kapelle« oder das von den Sowjets initiierte »Nationalkomitee Freies Deutschland« nicht als legitimer Teil des antinationalsozialistischen Widerstandes zu sehen seien.

Umgekehrt verhielt es sich in der DDR. Dort stand von Anfang an der »Widerstand der Arbeiterbewegung« im Mittelpunkt des Interesses. Den DDR-Historikern ging es vor allem darum, die – angeblich – führende Rolle der Kommunistischen Partei im »antifaschistischen Widerstand« herauszuarbeiten. Persönlichkeiten des nicht-kommunistischen (also zum Beispiel des militärischen) Widerstandes wurden nach dem Kriterium ihrer Stellung zur KPD und zur Sowjetunion in »Reaktionäre« und solche mit »fortschrittlichen Tendenzen« eingeteilt.

Allerdings wandelte sich auch die DDR-Geschichtsschreibung, insbesondere in den achtziger Jahren. Bis dahin galt allenfalls die Offiziersgruppe um Stauffenberg wegen ihrer Verbindung zum Kreisauer Kreis und

wegen ihrer tastenden Kontakte zum Nationalkomitee Freies Deutschland und zur KPD als Bestandteil des antifaschistischen Widerstandes. Es wurde ein scharfer Trennungsstrich zwischen den »reaktionären« Kräften um Beck und Goerdeler und den »patriotischen« Kräften um Stauffenberg gezogen. In den achtziger Jahren vollzog sich insofern ein Wandel, als auch die bis dahin polemisch diffamierten Widerständler um Goerdeler und Beck differenzierter dargestellt wurden.

Der Deutungswandel in der DDR-Geschichtsschreibung, der schon zum 40. Jahrestag des 20. Juli erkennbar war, wurde 1989 anlässlich des 45. Jahrestages sehr deutlich. Der Historiker Kurt Finker schrieb 1989 in der »Neuen Zeit«, im Sommer 1944 habe sich eine »relativ breite Front von Hitler-Gegnern herausgebildet, die nicht nur Offiziere, sondern auch Geistliche, Bürgerliche und sozialdemokratische Politiker umfaßte, deren progressiver Flügel zur Zusammenarbeit mit der Bewegung ›Freies Deutschland‹ und der KPD bereit war«. Finker sprach von dem Umsturzversuch als einer »Tat von nationalem und historischem Rang«. Dies unterschied sich von der noch in den siebziger Jahren verbindlichen Version, wonach der Attentatsversuch vom 20. Juli ein »mißlungener Putschversuch führender Kreise der deutschen Monopolbourgeoisie und der reaktionären Militärs« mit anti-sowjetischer Zielsetzung gewesen sei.

Der Historiker Egon Litschke bezeugte 1989 im »Neuen Deutschland« den »Beteiligten des bürgerlichen Widerstandes ... unsere Hochachtung«. Sie hätten, ungeachtet politischer, sozialer und weltanschaulicher Unterschiede, »sich zusammengeschlossen und ihr Leben hingegeben, um das verbrecherische Hitler-Regime zu stürzen und den grausamen Krieg zu beenden«. Ihr Ver-

mächtnis zu erfüllen, heiße heute, »in allen Ländern für Völkerverständigung und Frieden zu kämpfen, den Krieg für immer aus dem Leben der Menschheit zu verbannen und den Neo-Nazismus auszurotten«.

Bis Ende der achtziger Jahre war also eine gewisse Konvergenz in der Entwicklung der Geschichtsbilder in beiden deutschen Teilstaaten zu beobachten. Am 50. Jahrestag des 20. Juli gab es die DDR nicht mehr. Aber es wurde deutlich, daß jene Linie, die sich Mitte der achtziger Jahre im »antifaschistisch-demokratischen« deutschen Staat durchgesetzt hatte, nun zur Grundlage des Geschichtsverständnisses im vereinten Deutschland werden sollte. Dies geschah allerdings nicht ohne Widerspruch, und dieser entzündete sich symbolisch an dem Ausstellungskonzept der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Franz Ludwig Graf von Stauffenberg kritisierte öffentlich das Ausstellungskonzept, das unter anderem das »Nationalkomitee Freies Deutschland« in die Darstellung und Würdigung des Widerstandes einbezog. Stauffenberg argumentierte, diese Gruppe, die auf sowjetische Initiative und mit sowjetischer Logistik in sowjetischen Lagern operierte, habe mit dem Widerstand nichts zu tun. Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck, deren Bilder in der Ausstellung gezeigt wurden, seien keine »Helden des Widerstandes«. Zur Zeit ihres »angeblichen Widerstandes« hätten sie Parteigenossen verraten und nach dem Krieg Millionen ihrer Landsleute unterdrückt. Der »integrale Widerstandsbegriff«, wie er von dem Leiter der Berliner Gedenkstätte, dem Historiker Peter Steinbach, vertreten werde, sei eine »Mischung westlicher Geschichtstradition und östlicher Geschichts-Propaganda-Ideologie«.

Aufschlußreich ist, welche Argumente Steinbach und die ihm nahestehenden Historiker und Publizisten da-

gegen ins Feld führten. Das Argument, die Ausstellung sei eine »Dokumentation«, mit den Bildern von Ulbricht und Pieck sei also keine Wertung beabsichtigt, konnte deshalb nicht überzeugen, weil in der weiteren Diskussion nachhaltig für eine Umbewertung des kommunistischen Widerstandes und der Aktivitäten des Nationalkomitees plädiert wurde. Wichtig für das Ausstellungskonzept sei, so betonte Steinbach im Juni 1994 in einem Beitrag für den Berliner »Tagesspiegel«, daß Kommunisten im Widerstand heute »nicht mehr als Menschen (erschiene)n, die – wie man im Westen vielfach hören konnte – nur eine Diktatur gegen eine andere austauschen wollten. Dafür wuchs das Gefühl, daß auch sie nach der Überwindung des verbrecherischen Rassen- und Weltanschauungsstaates strebten.« Den Kritikern hielt Steinbach vor: »Sie haben vor allem nicht begriffen – und können es nicht akzeptieren –, daß mit der deutschen Vereinigung auch Geschichtsbilder zusammenwachsen müssen.« Eine Scheidung des Widerstandes »in totalitär und antitotalitär« sei müßig und müsse in einem »gesamtdeutschen Bild vom Widerstand« überwunden werden.

Ähnlich argumentierte der Bochumer Historiker Hans Mommsen am 14. Juli 1994 in der »Frankfurter Rundschau«: Mit dem Bestreben, »dem kommunistischen Widerstand die historische Legitimation abzuspreehen, weil er im Dienst eines anderen totalitären Systems stand«, werde das Selbstverständnis der Bewohner in der ehemaligen DDR achtlos beiseite geschoben. »Gerade in den neuen Bundesländern«, so argumentierte Mommsen Ende Juni 1994 in einem Beitrag für die »Berliner Morgenpost«, »würde kaum verstanden, wenn der ›antifaschistische Widerstandskampf‹ der Linken, auch wenn eine im Zeichen des Antikommun-

nismus entstandene westdeutsche Widerstands-Semantik ihn a priori als totalitär verteufelt, pauschal aus der geschichtlichen Einheit des Widerstandes gegen Hitler ausgeklammert wird.« In einem im »Neuen Deutschland« veröffentlichten Aufruf von »Verfolgten des Nazi-regimes« und deren Angehörigen hieß es am 16. Juli 1994 ganz ähnlich: »Nach der Vereinigung Deutschlands sollte die Teilung des deutschen Widerstandes in frühere östliche und westliche Erklärungsmuster überwunden und nicht erneut vertieft werden.«

Gerade jene Historiker und Publizisten, die sich bis 1989 immer dezidiert gegen die Wiedervereinigung ausgesprochen hatten – einer der eifrigsten Einheits-Gegner war Hans Mommsen –, führten nun die deutsche Einheit als Argument gegen die »Ausgrenzung« des kommunistischen Widerstandes ins Feld. Ein weiteres Argument in diesem Zusammenhang war, daß es in den Reihen der Kommunisten auch solche Menschen gegeben habe, die nicht wußten, für welche Ziele die KPD eintrat. Selbst Bundespräsident Roman Herzog betonte, es habe auch Kommunisten gegeben, »die an das Gute im Menschen und an eine bessere Gesellschaft geglaubt haben. Warum sollte man die heute ausgrenzen?« Allerdings wollte Herzog Walter Ulbricht ausdrücklich nicht zu jenen rechnen – glaubte der etwa nicht an das Gute im Menschen und an eine »bessere Gesellschaft«?

Bundeskanzler Helmut Kohl dagegen erklärte in seiner Ansprache zur Gedenkfeier am 20. Juli 1994, man dürfe sich nicht auf die Frage beschränken, wogegen sich der Widerstand gerichtet habe. Erst in dem »Wofür« liege das Vermächtnis, auf das »wir uns im vereinten Deutschland beziehen«. Davon hänge der »Vorbildcharakter« des Widerstandes ab. Diese Sichtweise ist berechtigt, denn die scheinbar »wertfreie« Würdigung des

Widerstandes – unabhängig von seinen Zielen – müßte konsequenterweise auch die Aktivitäten nationalsozialistischer Widerstandsgruppen (z. B. der »Schwarzen Front« von Otto Strasser) würdigen.

Helmut Kohl vertrat im Hinblick auf die Bewertung des antinationalsozialistischen Widerstandes, wie in vielen anderen Fällen auch, ein Geschichtsbild, das zwar in den sechziger Jahren noch eine Selbstverständlichkeit war, heute jedoch im Gegensatz zum Tenor der veröffentlichten Meinung und vor allem der tonangebenden intellektuellen Meinungsbildner in Deutschland steht. So traten zum 50. Jahrestag des Hitler-Attentates lautstark Kräfte auf den Plan, die – in diesem Punkt allerdings eher an die DDR-Interpretation der fünfziger und sechziger Jahre anknüpfend – den Widerstand der Männer des 20. Juli als bloß interne Auseinandersetzung zwischen »Nazis« diffamierten und gegen die Ehrung von Persönlichkeiten wie Beck, Hassell und Stauffenberg demonstrierten. Ein »Antinationales Bündnis« besetzte am 19. Juli 1994 die Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes im Bendlerblock in Berlin. Da es in der antifaschistischen politischen Atmosphäre der Bundesrepublik als inopportun galt, solche Kräfte auszugrenzen, ließ der zuständige Berliner Kultursenator Ulrich Roloff-Momin die Gedenkstätte nicht räumen, weil er der Ansicht war, es handele sich hier um einen »Diskussionsbeitrag«. In einer Erklärung der Besetzer hieß es: »Die Interessen der Deutschen Nation müssen angegriffen werden, wo immer das möglich ist.« Die Thesen der Besetzer nur als Außenseiter-Meinung zu sehen, sei verfehlt, so kommentierte Jens Jessen in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Das Flugblatt der Besetzer sammelt und überspitzt nur, was auch sonst schon überall gegen die Feierlichkeiten zum fünf-

zigsten Jahrestag vorgebracht wurde, gipfelnd in den Haßausbrüchen gegen eine Gedenkrede Helmut Kohls und gegen die Teilnahme der Bundeswehr.«

Knapp ein Jahr nach der Debatte um den 20. Juli stand die Frage an, wie der 50. Jahrestag der deutschen Kapitulation zu begehen sei. 1965, zum 20. Jahrestag, wurde der 8. Mai in der Bundesrepublik nicht als besonderes Datum öffentlicher Aufmerksamkeit notiert. 1970 hielt Bundespräsident Gustav Heinemann eine Gedenkrede, im Bundestag gab Bundeskanzler Willy Brandt eine Regierungserklärung ab. Ganz überwiegend wurde der 8. Mai als Ende des Krieges gewürdigt.

Hermann Glaser resümierte 1995 zurückschauend auf den damaligen Umgang mit diesem Datum: »Schon der Name, den Politiker dem Gedenktag gaben, war kennzeichnend für ihr Geschichtsbild. So, als ob es vereinbart gewesen wäre, sprachen Scheel, Schmidt, Heinemann, Brandt, Erhard und Kohl übereinstimmend zum ›Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges‹. In den Reden fanden sich daneben auch Bezeichnungen wie ›deutsche Kapitulation‹, ›Zusammenbruch des Dritten Reiches‹ und ›Ende der Hitler-Diktatur‹. ›Tag der Befreiung‹ sagte keiner der führenden Politiker; ihr Reden bestimmte Trauer über die Opfer des Krieges, den Verlust der Ostgebiete und die Spaltung Deutschlands, mit der eine neue Unfreiheit begonnen habe . . . In einem waren sich alle einig: Wir Deutschen hätten keinen Anlaß zu feiern.«

Demgegenüber stellte zehn Jahre später die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des 8. Mai eine Zäsur dar. In seiner vielbeachteten Ansprache erklärte er: »Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewalt-

herrschaft.« Zwar unterschlug Weizsäcker nicht, »welche Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten«, aber dies war nicht die eigentliche Botschaft der Rede und nicht der Grund für die breite Zustimmung in der Öffentlichkeit – das Lob reichte von hohen DKP-Funktionären (die sich vor allem über Weizäckers Würdigung des kommunistischen Widerstandes freuten) über Grüne und Sozialdemokraten bis hin zum linken Flügel der Union.

Nicht einverstanden mit Weizäckers Rede war hingegen der konservative Flügel der CDU/CSU um Alfred Dregger. Und auch Rudolf Augstein wandte sich im »Spiegel« dezidiert gegen die Bezeichnung des 8. Mai als »Befreiung«. In der politischen Linken war die Sicht vom 8. Mai als »Befreiung« keineswegs unumstritten. Unter dem Titel »Zusammenbruch oder Befreiung?« fand 1985 eine Vorlesungsreihe an der Freien Universität Berlin statt, die auch als Buch veröffentlicht wurde. Der politisch linksstehende Politikwissenschaftler Ekkehart Krippendorf formulierte Einsichten, die zehn Jahre später einen Aufschrei der Empörung ausgelöst hätten. Es sei den Siegern des Krieges »vor allem um die Zerschlagung des Deutschen Reiches (gegangen) und *nicht* darum, dem deutschen Volk Freiheit und Demokratie ... zu bringen«. Davon, daß die »Befreiungs«-These widerspruchslos hingenommen und allgemeinverbindlich zur Grundlage des bundesdeutschen Geschichtsbildes gemacht worden wäre, konnte 1985 noch nicht die Rede sein.

Den 8. Mai als »Tag der Befreiung« zu feiern, war jedoch in der DDR für alle Staatsbürger verpflichtend, bis 1966 sogar ein arbeitsfreier Feiertag, eben der »Tag der Befreiung«. 1967 wurde anläßlich der Einführung der Fünf-Tage-Woche der 8. Mai als arbeitsfreier Tag gestri-

chen, zusammen mit dem Ostermontag, dem Himmelfahrtstag und dem Buß- und Betttag. Allerdings wurde der 8. Mai weiterhin – bis zum Untergang der DDR – als Tag der Befreiung begangen.

Im Vorfeld des 8. Mai 1995 zeichnete sich ab, daß nach Ansicht maßgebender Politiker, Medienmacher und Publizisten die Sicht vom 8. Mai als »Tag der Befreiung« nun auch für das wiedervereinigte Deutschland allgemeinverbindliche Geltung erlangen sollte. Unter der Leitung des CDU-Vorstandsmitgliedes Michel Friedmann und des Theater-Intendanten Jürgen Flimm wurde eine große Feier im Hamburger Thalia-Theater unter dem Motto »Die Freiheit hat Geburtstag« angekündigt. Führende Medien wie »Stern«, »Die Woche«, »Wochenpost«, »Max«, »Focus«, ARD und ZDF beteiligten sich an der Initiative, und selbstverständlich wurde die Feier im Fernsehen live übertragen. Eckhard Fuhr schrieb in der FAZ: »Es hat jetzt also, so will es die moralisierende Klasse in diesem Lande, der 8. Mai als Tag der Befreiung zu gelten. Und wehe dem, der das nicht in der gebotenen Platttheit täglich wiederholt.«

Gegen den überwiegenden Tenor der Medien formulierte eine »Initiative 8. Mai« eine Zeitungsanzeige, in der kritisiert wurde: »Einseitig wird der 8. Mai von Medien und Politikern als ›Befreiung‹ charakterisiert. Dabei droht in Vergessenheit zu geraten, daß dieser Tag nicht nur das Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft bedeutete, sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes. Ein Geschichtsbild, das diese Wahrheiten verschweigt, verdrängt oder relativiert, kann nicht Grundlage für das Selbstverständnis einer selbstbewußten Nation sein, die wir Deutschen in der europäischen Völ-

kerfamilie werden müssen, um vergleichbare Katastrophen künftig auszuschließen.«

Die Initiative, die ich zusammen mit den Publizisten Heimo Schwilk, Ulrich Schacht und Klaus Rainer Röhl ins Leben gerufen hatte, wurde von etwa 300 Persönlichkeiten unterstützt, unter anderem auch von den ehemaligen Bundesministern Hans Apel (SPD), Friedrich Zimmermann (CSU), von Bundesminister Carl Dieter Spranger (CSU), dem Münchner CSU-Chef Peter Gauweiler, dem Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger und den FDP-Politikern Alexander von Stahl und Heiner Kappel. Auch andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (vor allem aus den Bereichen der Medien und der Wissenschaft) unterstützten den Aufruf. So unterschrieben beispielsweise der Kölner Soziologe Erwin Scheuch, General a. D. Günter Kießling, BfB-Vorsitzender Manfred Brunner, Gerhard Löwenthal, der Politikwissenschaftler Klaus Hornung, Alfred Mechttersheimer, Ferdinand Fürst von Bismarck und Manfred Kittlaus.

Die überwiegende Reaktion von Medien und Politikern war helle Empörung, die sich nur zum geringsten Teil aus der Tatsache speiste, daß zwei oder drei Unterzeichner des Aufrufs der Partei »Die Republikaner« angehörten. Wer den 8. Mai nicht als »Tag der Befreiung« feiern wolle, so hieß es in den Leitkommentaren der »Süddeutschen Zeitung«, der »Frankfurter Rundschau«, der »taz«, der »Woche«, des »Neuen Deutschland«, der »Zeit« sowie in zahlreichen Rundfunk- und Fernsehkommentaren, wolle die deutsche Vergangenheit (gemeint: die NS-Zeit) »relativieren« oder »verharmlosen«. Der Hinweis auf den »Vertreibungsterror« sei ein Versuch, mittels »Aufrechnung« einer Verharmlosung der NS-Verbrechen das Wort zu reden.

Eine quantitative Inhaltsanalyse der Veröffentlichungen in den relevanten elektronischen und Printmedien durch den »Medien-Monitor« ergab: »Das Urteil in der Berichterstattung, wie das Kriegsende zu bewerten ist, war in den vergangenen Wochen eindeutig: Der 8. Mai sei für Deutschland eher eine Befreiung als eine Niederlage gewesen . . . Die Unterzeichner des Aufrufs konnten sich nicht nur mit ihrer Bewertung des Kriegsendes nicht durchsetzen, sie gerieten selbst wegen ihres Vorstoßes in die Kritik, wurden als ›Nationalkonservative« oder gar ›Ewiggestrige« bezeichnet. Insgesamt fanden sich 207 Aussagen über ›nationalkonservative« oder ähnlich bezeichnete Personen oder über einzelne Unterzeichner des Aufrufs wie Dregger, Stahl oder den Berliner WELT-Journalisten Rainer Zitelmann. Ihr Umgang mit der Vergangenheit stieß in drei Viertel aller Aussagen auf Ablehnung: Die Kritik stammte vor allem aus den Reihen der FDP (31 Prozent) und der Union (21 Prozent).« Eine Auswertung von 1 144 Artikeln und Beiträgen ergab auch, daß in 72 Prozent der Veröffentlichungen »das Leid der Deutschen im und nach dem Krieg« überhaupt nicht erwähnt wurde. Nur vier Prozent aller Veröffentlichungen widmeten diesem Thema mehr als 30 Zeilen bzw. 30 Sekunden.

Die Tonart, in der die Unterzeichner des Aufrufs attackiert wurden, zeichnete sich durch äußerste Schärfe aus. So bezeichnete der Publizist Ralph Giordano in der »taz« die Initiative als Beleg für »das Krebsgeschwür eines demokratiefernen und durch und durch reaktionären Geschichtsrevisionismus auch noch im Deutschland des ausgehenden Jahrhunderts. Die Liste der Unterzeichner deutet auf Metastasen in nachgewachsenen Generationen hin. Die innen- und außenpolitische Gefährlichkeit dieser Rechtskreise ergibt sich, wie die Li-

ste der Signaturen zeigt, aus ihrer Integration in Parteien, Staatsapparat und Wirtschaft.«

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, erklärte, die Unterzeichner des Aufrufes seien »Ewiggestrige, die am liebsten alles, was zwischen 1933 und 1945 passiert ist, fortsetzen würden – vielleicht in einer gemäßigten Form, ohne gleich Völkermord zu begehen«. Nachdem Eckhard Fuhr im Leitkommentar der FAZ konterte, Bubis habe damit den »geistigen Bürgerkrieg« erklärt, und der Historiker Arnulf Baring die Äußerung als »Infamie« und »Rufmord« bezeichnet hatte, präzisierte Bubis, er habe »nicht alle Unterzeichner gemeint«, ließ jedoch offen, gegen wen sich seine weitreichenden Vorwürfe konkret richteten.

Solche Äußerungen zeigten, daß diejenigen, die den 8. Mai als Tag der Befreiung gewertet wissen wollten, nicht länger bereit waren, eine davon abweichende Sichtweise als legitim zu betrachten. Ungewöhnlich und wohl einmalig für eine liberale Partei war die Verlautbarung des FDP-Generalsekretärs Guido Westerwelle nach einer Vorstandssitzung, die Sicht vom 8. Mai als »Befreiung« sei nunmehr für die Partei verbindlich, und die Unterzeichner aus den Reihen der FDP sollten ihre Unterschrift zurückziehen und sich von dem Aufruf distanzieren.

Eine Ausnahme im Konzert aufgeregter und empörter Kritiker blieb ein Kommentar von Ulrich Deupmann im Feuilleton der »Süddeutschen Zeitung«, dessen Tenor gerade deshalb bemerkenswert war, weil der Verfasser inhaltlich der Kritik an dem Aufruf zustimmte: »Warum ist die Provokation des Aufrufs ›Gegen das Vergessen‹ eigentlich so furchtbar? Sie hat letztlich etwas ganz Erstaunliches ausgelöst: Die Deutschen diskutieren an

Theken und Stammtischen, in Wohnzimmern und Vereinsheimen zur Zeit nicht nur über Fußball und die Verkehrsberuhigung der Goethestraße. Sie diskutieren die Frage, ob der 8. Mai 1945 ... ein Tag der Befreiung war oder nicht. Lebendiger ist ein Gedenktag doch wohl selten begangen worden ... Nun wird diskutiert, werden Argumente ausgetauscht, auf die Waage gelegt und für gut oder schlecht befunden: ein herrlich demokratischer Vorgang. Warum eigentlich finden das ausgerechnet diejenigen so schrecklich, die wir sonst oft als Wächter der demokratischen Grundrechte schätzen? Und was soll dieser jakobinische Eifer, mit dem manche rufen: Wer den 8. Mai nicht als Tag der Befreiung begehen wolle, der sei nicht befreit und bereite den Boden für braunen Ungeist, aus dem einst alles wuchs?«

Bemerkenswert war nicht die Tatsache, daß es eine kontroverse Diskussion gab, sondern daß dieser Meinungsstreit von den in Medien und Politik dominierenden Anhängern der »Befreiungs-These« als etwas Schädliches, Verwerfliches begriffen wurde. Verloren ging dabei das Bewußtsein, daß eine pluralistische Gesellschaft kein vereinheitlichtes und allgemeinverbindliches Geschichtsbild kennt, sondern gerade von der Vielzahl miteinander konkurrierender Sichtweisen lebt.

In der öffentlichen Debatte wurde erheblicher Druck auf die Unterzeichner ausgeübt, sich von ihrer Unterschrift zu distanzieren – allerdings folgte außer Hans Apel, der nach einer Erklärung des SPD-Parteivorstandes seine Unterschrift widerrief, niemand der Aufforderung. Immerhin gelang es aber, durch die öffentliche Kampagne und die mangelnde Standfestigkeit der Unionsführung, die Alfred Dregger keine Rückendeckung gab, ihn dazu zu bringen, seine Zusage, als Hauptredner bei einer Gedenkveranstaltung am 8. Mai in München

aufzutreten, zurückzuziehen. Die Veranstaltung mußte nach diesem Rückzug Dreggers sowie nach Drohungen linksextremistischer Gruppen abgesagt werden. Nach dem Demokratieverständnis »engagierter Antifaschisten« war ohnehin die Tatsache, daß demokratische Rechte es wagten, die grundgesetzlich verbrieft Versammlungsfreiheit in Anspruch zu nehmen, eine »Provokation«, die es gemäß der Parole »Wehret den Anfängen« abzuwenden galt.

Resümiert man die Geschichte der Reden und Verlautbarungen zu den jeweiligen 8.-Mai-Jahrestagen, dann wird deutlich, was sich in Deutschland in dem Vierteljahrhundert zwischen 1970 und 1995 verändert hat. Die – begriffliche wie auch partiell inhaltliche – Annäherung des bundesdeutschen Geschichtsbildes an das »antifaschistisch-demokratische« Geschichtsverständnis der untergegangenen DDR ist evident.

Das Jahr 1968 und die nachfolgende Entwicklung markieren eine zunehmend fortschreitende Auflösung des antitotalitären Konsenses, der während der fünfziger Jahre in Westdeutschland als selbstverständlich galt. Er war die unbestrittene Geschäftsgrundlage der zweiten deutschen Demokratie, von Sozialdemokraten ebenso wie von Konservativen und Liberalen als Basis allen politischen Wirkens akzeptiert. Der antitotalitäre Konsens bedeutete vor allem, daß die relevanten politischen Kräfte eine Äquidistanz zu allen Formen des Totalitarismus wahrten, zum Nationalsozialismus ebenso wie zum Kommunismus.

An die Stelle des Antitotalitarismus trat jedoch nach 1968 ein einseitiger Antifaschismus, verbunden mit einem modischen Anti-Antikommunismus, demzufolge antikommunistische Einstellungen als »primitiv« und »reaktionär« galten. Kritik an der Marktwirtschaft galt

– besonders in intellektuellen Kreisen – als »progressiv«, Kritik am Sozialismus als »reaktionär«. Dies bedeutete bereits eine Annäherung an die in der DDR gepflegte Begrifflichkeit.

Auch der »Historikerstreit« der Jahre ab 1986 bestätigte noch einmal die geistig-politische Hegemonie der Linken. Bald schon konnte die linke Richtung um Jürgen Habermas und Hans-Ulrich Wehler ihren »Sieg« über die »Neokonservativen« verkünden – wobei die aggressive Art des Vorgehens gegen abweichende Meinungen allerdings nicht als Zeichen der Stärke, sondern als Indiz für eine gewisse Verunsicherung der Linken zu werten ist. Die Debatte über Zusammenhang und Wechselwirkung von Nationalsozialismus und Bolschewismus sollte jedoch weiterhin tabuisiert werden, die Negativfixierung auf die Hitler-Zeit, als Höhepunkt eines verhängnisvollen Irr- und Sonderweges der deutschen Geschichte interpretiert, wurde als Dogma nachdrücklich bekräftigt.

Die Wiedervereinigung führte zunächst zu einer Verunsicherung der bundesdeutschen Linken, denn zu schlagend war die Widerlegung der sozialistischen Utopien und der Ideologie jener, die die Zweistaatlichkeit zum Endzustand der deutschen Geschichte verklärt hatten. Die Fixierung auf die NS-Zeit schien ebenso wie das Dogma des Anti-Antikommunismus in Gefahr, denn verstärkt wurde auch über die Wirklichkeit der kommunistischen Diktaturen gesprochen. Selbst die Totalitarismustheorie, die viele in den siebziger Jahren für »endgültig« widerlegt hielten, erlebte eine gewisse Renaissance. »Von der einstigen Tabuisierung des Begriffs«, so konstatierten 1992 die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse, »ist weder in der Öffentlichkeit noch im akademischen Bereich etwas zu spüren«.

Für die Linke schien absehbar, daß sie die seit 1968 errungene geistig-politische Hegemonie verlieren könnte, zumal sich mit neuem Selbstbewußtsein eine neue demokratische Rechte in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen zu artikulieren begann, teilweise sogar die intellektuellen Debatten bestimmte. So setzte bald ein mit großem propagandistischem Aufwand inszeniertes »rollback« der politischen Linken ein, die es verstand, unter der Parole des »Antifaschismus« ein gigantisches Ablenkungsmanöver durchzuführen. Die ausländerfeindlichen Anschläge rechtsextremer Jugendlicher dienten als Vorwand, um eine massive Kampagne »gegen rechts« zu starten und die Kräfte der demokratischen Rechten bzw. die konservativen Intellektuellen als »geistige Brandstifter« zu ächten. Die 68er, die weite Teile der Medien, der Universitäten, der Kirchen, der Gewerkschaften und der Parteien dominieren und deren Wirkung bis in die CDU hineinreicht, erhielten dabei Verstärkung und Blutzufuhr durch kommunistische Kader aus dem Osten, die fortan als demokratische Sozialisten oder – wie in Brandenburg – als Sozialdemokraten auftraten.

Daß in Brandenburg nicht nur ein ehemaliger »Inoffizieller Mitarbeiter« des DDR-Staatssicherheitsdienstes Ministerpräsident werden (und auch nach Aufdeckung seiner Vergangenheit bleiben) konnte, sondern daß dieser Ministerpräsident auch auf einem gemeinsam von der brandenburgischen und der nordrhein-westfälischen Landeszentrale für politische Bildung veranstalteten Seminar die Gedenkrede zum 20. Juli 1944 hielt, wirft ein bezeichnendes Licht auf Veränderungen der politischen Kultur nach der Wiedervereinigung. Stolpe referierte über »die Bedeutung des antifaschistischen Widerstandes für die nationale Identität der Deut-

schen«. Er warnte davor, »die verschiedenen Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gegeneinander auszuspielen«, und nutzte die Gelegenheit, im Namen der Männer des 20. Juli die eigene fragwürdige Rolle in der DDR zu rechtfertigen.

Die Kritik von Bürgerrechtlern, daß sich hier ein »Stasi-IM als Widerstandsinterpret« (Wolfgang Templin) aufspiele, wies der Leiter der brandenburgischen Landeszentrale, Hans Misselwitz, scharf als »Demontage der in der früheren DDR erlebten Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit« zurück. Das Wort Antifaschismus sei für ihn weiterhin positiv besetzt. Daß auf der erwähnten Tagung denn auch noch ein Historiker referierte, der in den achtziger Jahren als Stasi-IM tätig war, wurde nur aus Kreisen der Bürgerrechtler kritisiert, im übrigen aber als durchaus normaler Vorgang registriert.

Es ist charakteristisch, daß zum 8. Mai 1995 ein vom ehemaligen Ministerpräsidenten der DDR und Ehrenvorsitzenden der PDS, Hans Modrow, herausgegebener Sammelband (»Ende und Anfang«) erschien, in dessen Beiträgen Richard von Weizsäckers Sichtweise ausdrücklich gegen die »reaktionären« Kräfte um Alfred Dregger verteidigt wurde. Die Rede Weizsäckers vom 8. Mai 1985, so heißt es in dem Band, sei zu Recht als Beweis dafür gewertet worden, »daß die Deutschen in der Bundesrepublik bereit waren, die Lehren aus der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts zu beherzigen und die im Kampf errungenen Fundamente der Nachkriegsordnung zu akzeptieren«. Störend sei es jedoch, daß es immer noch Kräfte in Deutschland gebe, die die Befreiung leugneten: »Wer aber die Bezeichnung ›Befreiung‹ abstreitet und von Unterwerfung spricht«, so heißt es, »der leugnet, daß es sich im Krieg gegen Hitler-

deutschland um einen Kampf aller Völker, um die Verwirklichung einer Menschheitsmission gehandelt hat.«

In der Kritik an denjenigen, die sich gegen die unkritische Kanonisierung des »Befreiungs«-Begriffs wandten, waren sich ehemalige DDR-Kader und westdeutsche Zeitgeist-Adepten ebenso einig wie in der empörten Zurückweisung einer »Ausgrenzung« des kommunistischen Widerstandes. So verwundert es nicht, daß in dem Modrow-Band die von Peter Steinbach verantwortete Ausstellung nachdrücklich gelobt wird, und zwar besonders wegen der Einbeziehung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des kommunistischen Widerstandes.

Dieses geschichtspolitische Beispiel verdeutlicht, wie berechtigt die Warnung von Elisabeth Noelle-Neumann ist, die als Ergebnis ihrer demoskopischen Beobachtungen zu dem Resümee gelangte: »Im materiellen Sinne gleichen sich in unerhörter Geschwindigkeit die Ostdeutschen an die Westdeutschen an, während im geistigen Sinne eine Angleichung der Westdeutschen an die Ostdeutschen stattfindet!«

Natürlich bringt die Mehrheit der Ostdeutschen jenes Geschichtsbild in das wiedervereinigte Deutschland ein, das in Schulen, Medien und Universitäten der DDR vermittelt wurde. Auch wenn die Phrasen vom »dialektischen und historischen Materialismus« und vom »proletarischen Klassenstandpunkt« bald in Vergessenheit geraten, so bleiben doch auf einer tieferen Ebene sozialistische Auffassungen unangetastet. Der Egalitarismus und der einseitige Antifaschismus sind zwei Komponenten dieses nach wie vor virulenten sozialistischen Bewußtseins, das mit jenen Denkmustern korreliert, die seit 1968 die bundesdeutsche Gesellschaft prägen.

Nach 1945 erklärten die Alliierten, die Deutschen

müßten »umerzogen« werden, da sie nach zwölf Jahren nationalsozialistischer Infiltration nicht demokratiefähig seien. Über den Sinn und den praktischen Erfolg dieses »Umerziehungs«-Konzeptes kann man streiten. Aber der Gedanke, daß man sich nach dem Ende einer Diktatur aktiv mit antidemokratischen und totalitären Einstellungen und Prägungen auseinandersetzen sollte, ist nicht deshalb falsch, weil dies teilweise für andere Zwecke instrumentalisiert wurde. Niemand wird eine »Umerziehung« für die ehemaligen DDR-Bürger fordern. Aber daß die totalitäre, sozialistische Prägung, die sich in zahlreichen Umfragen widerspiegelt, ebensowenig problematisiert wird wie das durch marxistisch-leninistische Erziehung vermittelte Geschichtsbild, sagt viel über den Zustand der herrschenden Eliten und intellektuellen Meinungsführer in Westdeutschland. Es wächst zusammen, was zusammengehört.